

Der US-Journalist Daniel Lazare ruft ein Memorandum an Hillary Clinton in Erinnerung, das 500.000 Syrer das Leben gekostet und Millionen zu Flüchtlingen gemacht hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 018/19 – 11.02.19

**Das Memorandum,
das eine halbe Million Menschen in Syrien das Leben kostete!
Hillary Clinton hat dieses Memo zum Anlass genommen, um die USA tiefer in den
Krieg in Syrien zu verstricken. Nach dem von Trump angekündigten Rückzug sei es
jetzt wieder relevant geworden, meint Daniel Lazare.**

Von Daniel Lazare

Consortium News, 13.01.19

(<https://consortiumnews.com/2019/01/13/the-memo-that-helped-kill-a-half-million-people-in-syria/>)

Ein Memorandum an Hillary Clinton, das 2016 von WikiLeaks enthüllt wurde, hat leider nicht die Aufmerksamkeit erlangt, die es verdient hätte. Dafür soll jetzt gesorgt werden. Nachdem Präsident Donald Trump per Twitter wissen ließ, dass er die US-Truppen aus Syrien abziehen möchte, hat sich Frau Clinton sofort seinen lautstärksten Kritikern angeschlossen, die den Krieg in Syrien unbedingt verlängern wollen.

"Handlungen haben Folgen, und (unabhängig davon,) ob wir in Syrien bleiben oder nicht, die Leute, die uns schaden wollen, werden sich auf jeden Fall weiter am Krieg beteiligen," twitterte Frau Clinton als Antwort auf Trump. "Isolationpolitik ist Schwäche und das Einstellen des Kampfes gegen den ISIS ist gefährlich. Es ist auch dumm, weil es Russland und dem Iran in die Hände spielt. Dieser Präsident ist eine große Gefahr für die Sicherheit unseres Staates."

Handlungen haben tatsächlich Folgen.

Das Memorandum ist typisch für die Ratschläge, die Frau Clinton als Außenministerin erhalten hat, als es darum ging, die USA tiefer in den Krieg in Syrien hineinzuziehen. Es führt uns zurück ins Jahr 2012 und in eine frühe Phase dieses Konflikts.

Der war anfangs noch eine weitgehend innere Angelegenheit Syriens, obwohl Saudi-Arabien die "syrischen Rebellen" auch damals schon mit Waffen beliefert hat [s. <https://foreignpolicy.com/2012/02/27/saudi-arabia-is-arming-the-syrian-opposition/>]. Als sich Präsident Barack Obama auf Betreiben seiner Außenministerin Clinton für ein stärkeres Engagement der USA in Syrien entschied [s. <https://consortiumnews.com/2016/11/04/obamas-last-stand-against-war-on-syria/>], wurde dieses Land schon bald von Tausenden Dschihadisten überschwemmt, die aus der ganzen islamischen Welt kamen; darunter waren sogar (Uiguren) aus dem Westen Chinas.

Das aus 1.200 Worten bestehende Memorandum [s. <https://wikileaks.org/clinton-emails/emailid/18328>] hat James P. Rubin (s. https://en.wikipedia.org/wiki/James_Rubin) verfasst, ein führender US-Diplomat, der schon unter dem Präsidenten Bill Clinton Staatssekretär im Außenministerium war und dann Außenministerin Hillary Clinton diente. Frau Clinton hat zweimal darum ersucht, ihr das Memorandum auszudrucken, das sich schon gleich zu Beginn mit dem Iran, einem wichtigen Verbündeten Syriens, befasst.

In dem Memo wird einfach behauptet, der Iran werde nie auf "den entscheidenden Teil jedes Atomwaffenprogramms – die Urananreicherung" – verzichten. Wenn es dem Iran wirklich gelänge, eine (Atom-)Bombe zu bauen, gäbe es kein Halten mehr. Israel werde dann einen strategischen Rückschlag erleiden und "nicht mehr im Stande sein, auf Provokationen aus Syrien oder dem Libanon mit konventionellen Militärschlägen zu reagieren", was heute noch möglich sei. Israel könne sich dann nicht mehr mit der Bombardierung sekundärer Ziele (im Libanon oder in Syrien) begnügen, sondern müsse gleich den Hauptfeind (Iran) angreifen.

Deshalb wird in dem Memo auch der Sturz des Assad-Regimes durch die USA gefordert, weil dadurch der Iran zu schwächen und gleichzeitig Israel zu beruhigen wäre, das die Islamische Republik Iran schon lange als seinen Hauptfeind betrachte. In dem Memo heißt es dazu:

"Der Sturz Assads würde nicht nur die Sicherheit Israels beträchtlich erhöhen, er würde den Israelis auch die begreifliche Angst nehmen, ihr Atomwaffenmonopol zu verlieren. Israel und die USA könnten dann gemeinsam erwägen, ob das iranische Atomprogramm so gefährlich ist, dass eine (gemeinsame) Militäraktion (gegen den Iran) gerechtfertigt wäre."

Das Memo [s. <https://wikileaks.org/clinton-emails/emailid/18328>], das die Argumente für US-Waffenlieferungen an "syrische Rebellen" lieferte, wurde (nach der Veröffentlichung durch WikiLeaks) vermutlich wegen falscher Datumsangaben zunächst übersehen.

Die erste Zeitangabe auf dem per E-Mail verschickten Memo lautet "01.01.2001, 03:00"; damals saß Frau Clinton aber noch für den Staat New York im Senat. (Obamas Außenministerin war sie vom 21.01.2009 bis 01.02.2013.) Außerdem war vor diesem Datum noch nicht mit dem Iran über dessen Atomprogramm verhandelt worden [s. <https://www.arms-control.org/factsheet/Timeline-of-Nuclear-Diplomacy-With-Iran>]. (Die Verhandlungen, die zu dem Atomabkommen mit dem Iran führten, fanden ab 2008 bis zum Vertragsabschluss am 14. Juli 2015 statt.)

Auf der E-Mail wird neben der Registrationsnummer des US-Außenministeriums als zweites Datum der 30.11.2015 genannt. Aber auch das kann nicht stimmen, weil Frau Clinton bereits am 1. Februar 2013 vom Amt der Außenministerin zurückgetreten ist.

Im Zentrum der großen Debatte

Wegen dieser widersprüchlichen Daten waren vermutlich alle verwirrt, die beim Stöbern in den WikiLeaks-Archiven auf das Memo gestoßen sind, denn sie konnten es zeitlich nicht in die große Debatte einordnen, die damals über die Möglichkeit eines gewaltsamen Sturzes des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad geführt wurde. Hinweise im Memo-Text lassen aber eine korrekte zeitliche Einordnung zu. Im dritten Absatz (des Memos) wird Bezug auf die Atomgespräche mit dem Iran genommen, "die in April in Istanbul begonnen haben und im Mai in Bagdad fortgesetzt werden sollen," denn diese Gespräche fanden im Jahr 2012 statt [s. dazu auch <https://www.nytimes.com/2012/04/15/world/europe/iran-begins-nuclear-talks-with-six-nations.html>]. Im achten Absatz (des Memos) wird außerdem ein Interview erwähnt, das Christiane Amanpour (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Christiane_Amanpour) von CNN "letzte Woche" mit dem damaligen israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak geführt hat. Da dieses Interview am 19. April 2012 stattfand [s. <http://edition.cnn.com/TRANSCRIPTS/1204/19/ampr.01.html>], kann das Memo auf die vierte Aprilwoche im Jahr 2012 datiert werden.

Das Memo prägt Frau Clintons Einstellung zu Syrien bis heute. Immer noch fordert sie den Sturz Assads, und in ihrer jüngsten Kontroverse mit Donald Trump hat sie sogar die Einrichtung einer Flugverbotszone über Syrien verlangt, obwohl (der US-Generalstabschef) General Joseph Dunford (schon 2016) vor dem Verteidigungsausschuss des Senates darauf hingewiesen hat, dass dadurch ein Krieg mit Russland ausgelöst werden würde [s. <https://www.youtube.com/watch?v=fmE9Jj-rEVs>].

Frau Clinton hat das Memo erhalten, kurz bevor sie sich mit dem damaligen CIA-Direktor David Petraeus (s. https://de.wikipedia.org/wiki/David_Petraeus) zusammengetan hat, um Obama zu Waffenlieferungen an die "syrischen Rebellen" zu drängen [s. <https://www.nytimes.com/2013/02/03/us/politics/in-behind-scene-blows-and-triumphs-sense-of-clinton-future.html?module=inline>].

Die in dem Memo geäußerten Bedenken gegen Verhandlungen mit dem Iran haben sich als nicht gerechtfertigt erwiesen, weil sich der Iran (in diesen Verhandlungen) dazu bereit erklärt hat, sein Atomprogramm (vor allem die Urananreicherung) zurückzufahren (deutscher Text des Atomabkommens s. <http://www.irananders.de/nachricht/detail/682.html>). In dem Memo, um dessen Ausdruck Frau Clinton zweimal gebeten hat, wird hervorgehoben, dass die Sicherheit Israels absoluten Vorrang habe, auch dann, wenn der schon wiederholt von Bränden heimgesuchte Mittlere Osten erneut in Brand gesetzt werden müsse.

Das Memo ist außerdem gekennzeichnet durch eine erstaunliche Rücksichtslosigkeit, einen großen Mangel an Realitätssinn und einen fast mystischen Glauben an die Fähigkeit der USA, alle anfallenden Probleme durch Muskelspiele (also durch Androhung oder Anwendung von Gewalt) lösen zu können. Der Sturz Assads wird als reine "Transformation" verharmlost.

"Der Iran würde strategisch isoliert und könnte künftig kaum noch Einfluss auf Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten nehmen. Das (auf Assad) nachfolgende syrische Regime würde die USA nicht mehr als Feind, sondern als Freund ansehen, und Washington würde in der arabischen Welt dafür gefeiert, ein unterdrücktes Volk von einem korrupten Regime befreit zu haben. Israel könnte nach einem Blitzangriff auf die Atomanlagen des Irans befreit aufatmen. Und ein neues syrisches Regime wäre vermutlich zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit Israel bereit. Die Hisbollah im Libanon wäre vom Nachschub aus dem Iran abgeschnitten, weil Syrien als Transitland für iranische Unterstützungsleistungen und Waffenlieferungen ausfiele."

"Mit einem sehr geringen Einsatz wäre ein sehr hoher Gewinn zu erzielen," verspricht das Memo. Ein Feind (Assad) würde besiegt und zwei weitere (der Iran und die Hisbollah) würden geschwächt; darüber wären die Syrer so erfreut, dass sie sofort zu neuen Friedensgesprächen zwischen Damaskus und Tel Aviv bereit wären. Die (mit einem stärkeren US-Engagement in Syrien verbundenen) Risiken seien gleich Null. Auch die US-Operation in Libyen, mit der sechs Monate vorher "der starke Mann Muammar Gaddafi" gestürzt worden sei, habe keine dauerhaften negativen Folgen für die Region gehabt (s. dazu unbedingt auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06214_020414.pdf). Das gelte auch für ein stärkeres US-Engagement in Syrien – wird in dem Memo behauptet. Vermutlich wurde Frau Clinton durch diese (und die folgende Memo-)Passage an die Flugverbotszone in Libyen erinnert und auf die Idee gebracht, trotz der Warnung des US-Generalstabschefs Dunford auch in Syrien eine Flugverbotszone einzurichten. In dem Memo steht dazu:

"Einige behaupten, die USA würden durch ein stärkeres Engagement (in Syrien) einen großen Krieg mit Russland riskieren. Dagegen spricht allerdings das Beispiel Kosovo, denn in diesem Konflikt hat die NATO völlig folgenlos den russischen Verbündeten Ser-

bien bombardiert. Und in diesem Fall bestanden sogar noch ethnische und politische Bande zwischen Russen und Serben, die zwischen Russen und Syrern nicht bestehen. Im Falle Kosovo hat Russland kaum protestiert. Außerdem haben die Russen schon signalisiert, dass sie nichts gegen eine US-Intervention in Syrien unternehmen würden."

Der Autor des Memos hielt ein stärkeres Engagement der USA in Syrien also für völlig risikolos. Er glaubte sogar, den seit 65 Jahren andauernden arabisch-israelischen Konflikt damit entschärfen und gleichzeitig Russland zurückdrängen zu können.

Und was ist dabei herausgekommen?

Die in dem Memo geäußerten Erwartungen haben sich natürlich nicht erfüllt. Auch die Entwicklung in Libyen geriet bald außer Kontrolle. Schon drei bis vier Monate nach den Luftangriffen mehrerer NATO-Staaten (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Milit%C3%A4reinsatz_in_Libyen_2011) gingen die vom Westen unterstützten islamistischen Milizen aufeinander los; sie führten die Scharia (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Scharia>) und die Sklaverei wieder ein und machten den sozialen Fortschritt von Jahrzehnten zunichte. Obwohl Präsident Barack Obama nur eine modifizierte Version des Clinton-Petraeus-Plans genehmigte, stürzten von Saudi-Arabien und anderen Ölmonarchien angeheuerte Dschihadisten, von denen viele aus Libyen kamen, bald auch Syrien in einen Abgrund aus Angst und Gewalt.

Die mit dem Memo genährte Hoffnung, die USA könnten die syrische Regierung ganz schnell "enthaupten", ohne sich um unangenehme Folgen kümmern zu müssen, erfüllte sich natürlich nicht.

Die Annahme, die syrische Bevölkerung fiele aus Dankbarkeit vor den USA auf die Knie, war einfach nur lächerlich und zeigt, dass Frau Clinton nicht die geringste Ahnung von den sehr komplizierten innenpolitischen Verhältnissen in Syrien hat.

Das Memo enthielt auch den "lustigen" Vorschlag, Washington solle "mit regionalen Verbündeten wie der Türkei, Saudi-Arabien und Katar bei der Anwerbung, Ausbildung und Bewaffnung "syrischer Rebellen" zusammenarbeiten.

Gegen Ende des Jahres 2009 hatte Außenministerin Clinton selbst in einem anderen, ebenfalls von WikiLeaks veröffentlichten diplomatischen Memo [s. https://wikileaks.org/plusd/cables/09STATE131801_a.html] darauf hingewiesen, dass "Großspenden aus Saudi-Arabien die weltweit wichtigste Finanzquelle sunnitischer Terroristengruppen" seien. Warum hat sie dann zwei Jahre später angenommen, das saudische Königreich werde die sunnitischen Dschihadisten in Syrien nicht unterstützen?

In dem Clinton-Memo aus dem Jahr 2009 wird auch Katar kritisiert, weil das Scheichtum den Taliban, Al-Qaida und anderen Terroristengruppen bei der Beschaffung von Geld behilflich sei. Deshalb hätte Frau Clinton eigentlich damit rechnen müssen, dass Katar auch die "syrischen Rebellen im Kampf um ihre Freiheit" unterstützen würde.

Mit ihrer Syrien-Politik setzt Frau Clinton die schon in Afghanistan und in Libyen verfolgte US-Politik fort. In Afghanistan wurde zunächst der berüchtigte Warlord Gulbuddin Hekmatyar (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gulbuddin_Hekmaty%C4%81r), ein religiöser Sektierer, der alles Westliche hasste, mit Waffen beliefert; Steve Coll hat diesen Warlord in seinem 2004 veröffentlichten Bestseller "Ghost Wars" über die Kungelei der CIA mit Dschihadisten als "erfolgreichsten Russen-Killer" bezeichnet.

Hekmatyar und seine Halsabschneider haben den Löwenanteil der nach Afghanistan gelieferten US-Waffen erhalten. Mehr oder weniger das Gleiche passierte in Libyen, als Frau Clinton Katar für die Anti-Gaddafi-Koalition gewinnen konnte [s. <https://wikileaks.org/clinton-emails/emailid/23898>]. Das Scheichtum verteilte rund 400 Millionen Dollar an verschiedene Rebellen-Milizen [s. <https://www.theguardian.com/world/2011/oct/26/qatar-troops-libya-rebels-support>], unter denen auch extreme Islamisten waren. Und die Obama-Regierung schwieg dazu [s. <https://www.nytimes.com/2016/02/28/us/politics/libya-isis-hillary-clinton.html>].

Auch in Libyen wurden die reaktionärsten Elemente mit Waffen und Ausrüstung aus den USA beliefert. Das gleiche geschah in Syrien. Auch dort gingen Waffen aus den USA und aus Saudi-Arabien vor allem an den syrischen Al-Qaida-Ableger Jabhat al-Nusra (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Nusra-Front>) und sogar an den Islamischen Staat / ISIS; das war einem Bericht [s. <http://www.conflictarm.com/reports/weapons-of-the-islamic-state/>] zu entnehmen, den Conflict Armament Research, eine von der Schweiz und der EU finanzierte, in London ansässige Arbeitsgruppe mit großer Sorgfalt erstellt hat [s. <https://consortiumnews.com/2017/12/21/did-obama-arm-islamic-state-killers/?print=print>]

Die syrischen Rebellen sind ein sehr gemischter Haufen

Bereits im August 2012 war in einem Geheimerbericht [s. <https://www.judicialwatch.org/document-archive/pgs-287-293-291-jw-v-dod-and-state-14-812-2/>] der Defense Intelligence Agency / DIA (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Defense_Intelligence_Agency) zu lesen, dass Salafisten, die Moslembruderschaft und Al-Qaida "die Hauptkraft der Aufständischen in Syrien" bilden, diese "Rebellen" aber trotzdem von den USA und den Golfstaaten unterstützt würden. In dem Bericht wurde die US-Regierung auch darauf aufmerksam gemacht, dass salafistische Aufständische im Osten Syriens einen "Islamischen Staat" errichten wollten, um Assad unter Druck zu setzen; der DIA-Bericht erschien bereits 2012, also zwei Jahre vor der Errichtung des Islamischen Staates im Jahr 2014. Da Frau Clinton der Obama-Regierung angehörte, hätte sie diesen Bericht kennen müssen, denn er wurde auch dem Außenministerium zu Verfügung gestellt.

In einer im Jahr 2016 mitgeschnittenen und als Mitschnitt durchgesickerten Unterhaltung hat sich der damalige US-Außenminister John Kerry (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_Kerry) zu dieser doppelbödigen US-Außenpolitik geäußert [s. https://www.youtube.com/watch?v=e4phB_pXDM]. Er gab zu, dass die USA den Islamischen Staat in Syrien nicht ernsthaft bekämpft hätten, sondern die wachsende Stärke der Dschihadisten ausnutzen wollten, um Assad zu stürzen – was sich bereits in dem DIA-Bericht abgezeichnet hatte.

"Wir haben diese Entwicklung beobachtet, und bemerkt, dass der Daesh [ein arabischer Name für den Islamischen Staat, s. <https://de.wiktionary.org/wiki/Daesh>] immer stärker und damit zu einer Bedrohung für Assad wurde," sagte Kerry. "Wir glaubten, Assad werden deshalb bald zu Verhandlungen (über seine Abdankung) bereit sein. Er hat aber nicht verhandelt, sondern Putin um Unterstützung gebeten."

(Obamas) Redenschreiber Ben Rhodes (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ben_Rhodes) hat sich in seinen unter dem Titel "The World As It Is" [Die Welt, wie sie ist, zu beziehen über Amazon] veröffentlichten Erinnerungen an seine Tätigkeit im Weißen Haus auch mit dem Problem der "gemäßigten syrischen Rebellen" befasst, die seiner Meinung nach nicht von Al-Qaida zu unterscheiden waren. Er schreibt:

"Al Nusra bildete wahrscheinlich die stärkste Kampfgruppe innerhalb der Opposition, und sie wurde von extremistischen Elementen angeführt. Die gemäßigeren Rebellen

kämpften Seite an Seite mit Al Nusra. Ich wies damals darauf hin, dass wir die Aufständischen, denen wir eigentlich helfen wollten, schwächen würden, wenn wir Al Nusra als 'terroristisch' etikettieren und versuchen würden, sie (von Waffenlieferungen) auszuschließen."

Das Problem bestand also darin, die "guten" Al-Qaida-nahen Kämpfer von den "bösen" (ISIS-)Kämpfern zu trennen. Redenschreiber Rhodes beschwerte sich darüber, dass der russische Präsident Wladimir Putin dazu ironisch anmerkte, Obama und seine Helfershelfer "versuchten nackt eine Fichte zu erklettern, ohne sich den Arsch zu zerkratzen". Das sei arrogant gewesen, schreibt Rhodes. Putin wollte auf diese drastische Art aber nur ausdrücken, dass diese Politik keinen Sinn machte, und damit hatte er recht.

Die von Frau Clinton durchgesetzte Syrien-Politik kommt die Syrer immer noch teuer zu stehen. 560.000 Menschen wurden bisher getötet [s. <http://www.syriahr.com/en/?p=108723>], und die Hälfte der Bevölkerung wurde aus ihren Wohnungen vertrieben [s. unter <https://www.worldbank.org/en/country/syria/publication/the-toll-of-war-the-economic-and-social-consequences-of-the-conflict-in-syria>]. Die Weltbank schätzt die Kriegsschäden auf insgesamt 226 Milliarden Dollar; für deren Beseitigung müssten nach Schätzungen alle Syrer – Männer, Frauen und Kinder – rund sechs Jahre lang arbeiten.

Das völlig absurde Memorandum hat also eine furchtbare Katastrophe ausgelöst, die immer noch andauert. Trump hat die Illusion, diesem Albtraum nun mit dem überraschend angekündigten US-Truppenabzug entfliehen zu können. Aber Kriegstreiber wie John Bolton, der erzkonservative Nationale Sicherheitsberater Trumps, Nancy Pelosi, die "liberale" Sprecherin des Repräsentantenhauses [s. dazu auch https://www.youtube.com/watch?v=f3Y_kaU2Ntc], und Hillary Clinton möchten diesen Albtraum unbedingt fortsetzen.

Daniel Lazare ist der Autor des Buches "The Frozen Republic: How the Constitution Is Paralyzing Democracy" (Der eingefrorene Republik: Wie die Demokratie durch die Verfassung gelähmt wird), erschienen 1966 bei Harcourt Brace, und anderer Bücher über die Politik der USA. Er hat auch viele Artikel geschrieben – für The Nation, LeMonde Diplomatique und zahlreiche Blogs; er ist zu erreichen über Daniellazare.com .

(Wir haben den Artikel, aus dem hervorgeht, dass Herr Rubin und Frau Clinton auch dafür verantwortlich, dass so viele Syrer ihr verwüstetes Land verlassen haben, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter <https://daniellazare.com/about/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Consortium News

Independent Investigative Journalism and Political Review - Since 1995



The Memo That Helped Kill a Half Million People in Syria

The memo shows the advice Hillary Clinton was getting to plunge the U.S. deeper into the Syrian war. As Trump seeks to extricate the U.S. the memo has again become relevant, writes Daniel Lazare.

By Daniel Lazare – January 13, 2019

A memo sent to Hillary Clinton that WikiLeaks made public in 2016 has not gotten the attention it deserves. Now is the time. After President Donald Trump tweeted that he was

pulling American troops out of Syria, Clinton joined his vociferous critics who want more war in Syria.

“Actions have consequences, and whether we’re in Syria or not, the people who want to harm us are there & at war,” Clinton tweeted in response to Trump. “Isolationism is weakness. Empowering ISIS is dangerous. Playing into Russia & Iran’s hands is foolish. This President is putting our national security at grave risk.”

Actions indeed have consequences.

The memo shows the kind of advice Clinton was getting as secretary of state to plunge the U.S. deeper into the Syrian war. It takes us back to 2012 and the early phase of the conflict.

At that point, it was largely an internal affair, although Saudi arms shipments were playing a greater and greater role in bolstering rebel forces. But once the President Barack Obama eventually decided in favor of intervention, under pressure from Clinton, the conflict was quickly internationalized as thousands of holy warriors flooded in from as far away as western China.

The 1,200-word memo written by James P. Rubin, a senior diplomat in Bill Clinton’s State Department, to then-Secretary of State Clinton, which Clinton twice requested be printed out, begins with the subject of Iran, an important patron of Syria.

The memo dismisses any notion that nuclear talks will stop Iran “from improving the crucial part of any nuclear weapons program—the capability to enrich uranium.” If it does get the bomb, it goes on, Israel will suffer a strategic setback since it will no longer be able to “respond to provocations with conventional military strikes on Syria and Lebanon, as it can today.” Denied the ability to bomb at will, Israel might leave off secondary targets and strike at the main enemy instead.

Consequently, the memo argues that the U.S. should topple the Assad regime so as to weaken Iran and allay the fears of Israel, which has long regarded the Islamic republic as its primary enemy. As the memo puts it:

“Bringing down Assad would not only be a massive boon to Israel’s security, it would also ease Israel’s understandable fear of losing its nuclear monopoly. Then, Israel and the United States might be able to develop a common view of when the Iranian program is so dangerous that military action could be warranted.”

This document, making the case to arm Syrian rebels, may have been largely overlooked because of confusion about its dates, which appear to be inaccurate.

The time stamp on the email is “2001-01-01 03:00” even though Clinton was still a New York senator-elect at that point. That date is also out of synch with the timeline of nuclear diplomacy with Iran.

But the body of the email gives a State Department case and document number with the date of 11/30/2015. But that’s incorrect as well because Clinton resigned as secretary of state on Feb. 1, 2013.

Central to the Great Debate

Consequently, anyone stumbling across the memo in the Wikileaks archives might be con-

fused about how it figures in the great debate about whether to use force to bring down Syrian President Bashar al-Assad. But textual clues provide an answer. The second paragraph refers to nuclear talks with Iran “that began in Istanbul this April and will continue in Baghdad in May,” events that took place in 2012. The sixth invokes an interview with CNN’s Christiane Amanpour conducted with then-Israeli Defense Minister Ehud Barak “last week.” Since the interview took place on April 19, 2012, the memo can therefore be dated to the fourth week in April.

The memo syncs with Clinton’s thinking on Syria, such as calling for Assad’s overthrow and continuing to push for a no-fly zone in her last debate with Donald Trump even after Gen. Joseph Dunford had testified to the Senate Armed Services Committee that it could mean war with Russia.

The memo was sent to her shortly before Clinton joined forces with then-CIA Director David Petraeus to push for an aggressive program of rebel military aid.

Needless to say, the memo’s skepticism about negotiating with Iran proved to be unwarranted since Iran eventually agreed to shut down its nuclear program. The memo, which Clinton twice asked to be printed out for her, underscores the conviction that Israeli security trumps all other considerations even if it means setting fire to a region that’s been burned over more than once.

But the memo illustrates much else besides: a recklessness, lack of realism and an almost mystical belief that everything will fall neatly into place once the United States flexes its muscle. Overthrowing Assad would be nothing less than “transformative,” the memo says.

“...Iran would be strategically isolated, unable to exert its influence in the Middle East. The resulting regime in Syria will see the United States as a friend, not an enemy. Washington would gain substantial recognition as fighting for the people in the Arab world, not the corrupt regimes. For Israel, the rationale for a bolt from the blue attack on Iran’s nuclear facilities would be eased. And a new Syrian regime might well be open to early action on the frozen peace talks with Israel. Hezbollah in Lebanon would be cut off from its Iranian sponsor since Syria would no longer be a transit point for Iranian training, assistance and missiles.”

It was “a low-cost high-payoff approach,” the memo says, that would eliminate one enemy, weaken two more, and generate such joy among ordinary Syrians that peace talks between Damascus and Tel Aviv will spring back to life. The risks appeared to be nil. Since “the Libyan operation had no long-lasting consequences for the region,” the memo supposes, referring to the overthrow of strongman Muammer Gaddafi six months earlier, the Syrian operation wouldn’t either. In a passage that may have influenced Clinton’s policy of a no-fly zone, despite Dunford’s warning, the memo says:

“Some argue that U.S. involvement risks a wider war with Russia. But the Kosovo example [in which NATO bombed Russian-ally Serbia] shows otherwise. In that case, Russia had genuine ethnic and political ties to the Serbs, which don’t exist between Russia and Syria, and even then Russia did little more than complain. Russian officials have already acknowledged they won’t stand in the way if intervention comes.”

So, there was nothing to worry about. Sixty-five years of Arab-Israeli conflict would fall by the wayside while Russia remains safely marginalized.

How it Turned Out

Needless to say, that’s not how things turned out. At that moment, Libya seemed under

control. But three or four months later, it would explode as Western-backed Islamist militias blasted away at one another, imposing strict Sharia law, re-instituting slavery and rolling back decades of social progress. Once President Barack Obama approved a modified version of the Clinton-Petraeus plan, Syria would plunge into the same abyss as jihadis funded by Saudi Arabia and the other oil monarchies, many of whom came from Libya, spread sectarian violence and fear.

The memo's assumption that the U.S. could neatly and cleanly decapitate the Syrian government without having to worry about broader consequences was little short of deluded.

The notion that ordinary Syrians would fall to their knees in gratitude was ludicrous while Clinton's disregard for the intricacies of Syrian politics was astonishing.

There is also the memo's blithe suggestion that Washington "work with regional allies like Turkey, Saudi Arabia, and Qatar to organize, train, and arm Syrian rebel forces."

In late 2009, Secretary of State Clinton sent another diplomatic memo made public by Wikileaks saying that "donors in Saudi Arabia constitute the most significant source of funding to Sunni terrorist groups worldwide." So what made her think two years later that the kingdom would not fund Syrian jihadis of precisely the same ilk?

The 2009 memo slammed Qatar for allowing Al Qaeda, the Taliban and other terrorist groups to use the sheikdom "as a fundraising locale." She was well aware then that a pro-Al Qaeda autocracy would now help Syrians "fight for their freedom," as the memo she sent puts it.

There is a remarkable continuity between the Syria policy that Clinton backed and earlier policies in Afghanistan and Libya. In the first, U.S. military aid wound up flowing to the notorious warlord Gulbuddin Hekmatyar, a religious sectarian and raging anti-western xenophobe who nonetheless was "the most efficient at killing Soviets," as Steve Coll put it in "Ghost Wars," his bestselling 2004 account of the CIA's love affair with jihad.

Hekmatyar's cutthroats wound up with the lion's share of American arms. More or less the same thing happened in Libya once Clinton persuaded Qatar to join the anti-Gaddafi coalition. The sheikdom seized the opportunity to distribute some \$400 million to various rebel militias, many of them extreme Islamist. The Obama administration said nothing in response.

Once again, U.S. arms and materiel flowed to the most reactionary elements. The same would happen in Syria where U.S. and Saudi arms went to the local Al Qaeda affiliate, known as Jabhat al-Nusra, and even to ISIS, as a meticulous report by Conflict Armament Research, a Swiss and EU-funded study group in London, has shown. (See "Did Obama Arm Islamic State Killers?" Consortium News, Dec. 21, 2017.)

Insurgency Mix

By August 2012, a secret Defense Intelligence Agency report found that Salafists, the Muslim Brotherhood, and Al Qaeda were already "the major forces driving of the insurgency" and that the U.S. and Gulf states backed them regardless. The report warned that the U.S. and some of its allies were supporting the establishment of a "Salafist principality" in eastern Syria to pressure Assad that could turn into an "Islamic State"—two years before the Islamic State was declared in 2014. Clinton was among senior Obama administration officials who had to have seen the report as it was sent to the State Department among several other agencies.

In 2016, then Secretary of State John Kerry confirmed this policy in a leaked audio conversation, saying that the U.S., rather than seriously fighting the Islamic State in Syria, was ready to use the growing strength of the jihadists to pressure Assad to resign, just as outlined in the DIA document.

“We know that this was growing, we were watching, we saw that Daesh [an Arabic name for Islamic State] was growing in strength, and we thought Assad was threatened,” Kerry said. “We thought however we could probably manage that Assad might then negotiate, but instead of negotiating he got Putin to support him.”

Speechwriter Ben Rhodes summed up the problem of “moderate” rebels who were indistinguishable from Al Qaeda, in his White House memoir, “The World As It Is.” He writes:

“Al Nusra was probably the strongest fighting force within the opposition, and while there were extremist elements in the group, it was also clear that the more moderate opposition was fighting side by side with al Nusra. I argued that labeling al Nusra as terrorists would alienate the same people we want to help, while giving al Nusra less incentive to avoid extremist affiliations.”

The problem was how to separate the “good” Al Qaeda fighters from the “bad.” Rhodes later complained when Russian President Vladimir Putin said that he and his fellow Obama officials were “trying to climb a spruce tree naked without scratching our ass.” This was “smug,” Rhodes writes. But Putin was merely using a colorful expression to say that the policy made no sense; which it didn’t.

The cost of the Clinton-backed policy in Syria has been staggering. As many as 560,000 people have died, and half the population has been displaced, while the World Bank has estimated total war damage at \$226 billion, roughly six years’ income for every Syrian man, woman, and child.

A cockeyed memo thus helped unleash a real-life catastrophe that refuses to go away. It’s a nightmare from which Trump is struggling to escape by trying to withdraw U.S. troops in his confused and deluded way. And it’s a nightmare that warmongers from arch-neocon John Bolton, Trump’s national security adviser, to “liberal” House Speaker Nancy Pelosi, to Hillary Clinton are determined to keep going.

Daniel Lazare is the author of “The Frozen Republic: How the Constitution Is Paralyzing Democracy” (Harcourt Brace, 1996) and other books about American politics. He has written for a wide variety of publications from The Nation to LeMonde Diplomatique and blogs about the Constitution and related matters at Daniellazare.com.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern